

Stellungnahme zur künftigen Ausgestaltung der Forstverwaltung und forstlichen Strukturen im Nichtstaatswald in Baden-Württemberg

Einführung

Der Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e. V. (DeSH) ist die Interessenvertretung der Säge- und Holzindustrie auf Bundes- und Landesebene und in den europäischen und internationalen Organisationen. Der Verband hat die Aufgabe, seine Mitglieder in wirtschafts- und branchenpolitischen sowie in fachlichen Fragen national und international zu vertreten und in ihren wirtschaftlichen Zielen zu unterstützen.

Grundsätzliches

Die Säge- und Holzindustrie zählt zu den führenden Wirtschaftszweigen in Deutschland. Im gesamten Cluster Forst und Holz erwirtschaften mehr als 1,3 Mio. Beschäftigte in rund 185 000 Betrieben jährlich einen Gesamtumsatz von 180 Mrd. Euro. Innerhalb dieses Industriezweiges nimmt Baden-Württemberg mit einem Jahresumsatz von ca. 30 Mrd. Euro und 200 000 Beschäftigten eine arbeitsmarkt- und strukturpolitische Schlüsselrolle ein.¹ Der DeSH vertritt dort Unternehmen aller Größenklassen im Nadel- und Laubholzbereich mit rund 60 % der gesamten Verarbeitungskapazität. Als erste Verarbeitungsstufe des Rohholzes nimmt die Säge- und Holzindustrie in der gesamten Wertschöpfungskette nicht nur eine herausragende Position ein, sondern ist von der künftigen Ausgestaltung der forstlichen Strukturen zudem unmittelbar betroffen.

Aus diesem Grund bedankt sich der DeSH ausdrücklich für die Möglichkeit, an dem Prozess der kartellrechtskonformen Weiterentwicklung der Forstorganisation in Baden-Württemberg aktiv mitwirken zu können. Unabhängig von dem zu bestimmenden konkreten Szenario, möchte der DeSH diese Stellungnahme daher zunächst nutzen, um die Voraussetzungen zu adressieren, die für eine effektive Arbeitsweise der Säge- und Holzindustrie in der gesamten Wertschöpfungskette und somit insbesondere auch für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Clusters Forst und Holz in Baden-Württemberg unabdingbar sind:

Flächendeckende Betreuung und effiziente Verfügbarkeit für Holzversorgung unerlässlich

Die Bedeutung des kleinteiligen Privat- und Kommunalwaldes bei der Versorgung der Säge- und Holzindustrie mit Rundholz nimmt stetig zu. Während vor Jahren mit der Mobilisierung bislang ungenutzter Rohholzpotenziale die Quantität des Rundholzangebotes im Vordergrund stand, rückt nun durch die effiziente Verfügbarkeit kleinteiliger Rundholzmengen auch die Qualität bei der Bereitstellung verstärkt in den Fokus. Aufgrund des Waldumbaus sinkt perspektivisch die Verfügbarkeit von Nadelholz, insbesondere im

¹ Vgl. Clusterinitiative Forst und Holz Baden-Württemberg, Ministerium für ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg

Staatswald. Daher ist der Zugang zu dieser bedeutsamen Ressource aus dem Nichtstaatswald von besonderer Relevanz. Diesen sich verändernden Bedingungen kann aus Sicht des DeSH nur durch eine flächendeckende Beratung und Betreuung sowie eine effiziente Mengenbündelung Rechnung getragen werden.

Private Betreuung fördern, staatliche Betreuung als ergänzende Option erhalten

Diese flächendeckende Betreuung hat daher für den DeSH oberste Priorität, unabhängig davon, ob diese Aufgaben durch staatliche oder private Akteure wahrgenommen werden. Aus diesem Grund hat sich der DeSH bisher für den Erhalt eines staatlichen Betreuungsangebotes sowie der der Holzvermarktung vorgelagerten forstlichen Dienstleistungen als eine ergänzende Option ausgesprochen, wenn dies von privaten, betriebswirtschaftlich orientierten Organisationen aufgrund von beispielsweise strukturellen Nachteilen nicht flächendeckend ausgestaltet werden kann. Der DeSH folgt dabei dem Grundsatz „**Privat wenn möglich, Staat wenn nötig**“.

Allerdings erscheint aus Sicht des DeSH bei der künftigen Ausgestaltung der Forstverwaltung in Baden-Württemberg ein ad hoc Rückzug der staatlichen Betreuung und die Auflösung bestehender Strukturen wenig sinnvoll und würde zu großer Planungsunsicherheit der heimischen Betriebe hinsichtlich der Rohstoffversorgung führen. **Ziel sollte aus unserer Sicht vielmehr ein geordneter Übergang, beispielsweise durch gemeinsame Projekte, hin zu der aktiven Weiterentwicklung und Professionalisierung der forstlichen Zusammenschlüsse zu eigenständig agierenden Organisationen sein.** Die Beibehaltung einer optionalen Betreuung durch einen staatlichen Revierleiter erscheint zudem nur sinnvoll, wenn sie durch die Etablierung klarer Strukturen, Zuständigkeiten und Zielvorgaben (Betreuung und Mobilisierung) flankiert und professionalisiert wird.

Entwicklung des kleinteiligen Privat- und Kommunalwaldes hin zur Industrie 4.0 flankieren

Die fortschreitende Digitalisierung stellt insbesondere Anbieter im kleinteiligen Privat- und Kommunalwald vor logistische und finanzielle Herausforderungen. Im Hinblick auf die gewünschten Effizienzsteigerungen in der Prozesskette zwischen dem Wald und dem verarbeitenden Werk ist daher die Unterstützung bei der Entwicklung zukunftsfähiger und professioneller Strukturen eine unabdingbare und notwendige Grundlage. Denn die Anforderungen an die Lieferanten steigen mit der zunehmenden Präsenz im internationalen Wettbewerbsumfeld, in dem sich die deutsche Säge- und Holzindustrie bewegt, stetig weiter an.

Klare und rechtssichere Strukturen für Wettbewerbsfähigkeit entscheidend

Im Hinblick auf die Transaktionskosten ist eine effiziente und gebündelte Rundholzbereitstellung und die damit verbundene Schaffung marktfähiger Angebote im kleinteiligen Privat- und Kommunalwald zentral. Die Entwicklung eines fairen Wettbewerbs ist daher nicht nur für die Unternehmen der Säge- und Holzindustrie, sondern auch für die vorgelagerten Bereiche der Waldbesitzer, Forstwirtschaft, Forstdienstleistungen und Logistik unerlässlich.

Die Grundvoraussetzung dafür besteht aus Sicht des DeSH in der Etablierung eines geordneten Rahmens mit einer klaren Zuordnung von Strukturen und Zuständigkeiten im Staats- und Privatwald im Wettbewerbsrecht, die die Leitplanken und Grenzen eines fairen Wettbewerbs markieren. Die Etablierung eines solchen Rahmens würde zudem zu verstärkter Rechtssicherheit und Nichtdiskriminierung beitragen.

Handlungsempfehlungen

Mit Blick auf die künftige Ausgestaltung der forstlichen Strukturen in Baden-Württemberg sowie deren Auswirkungen auf die dortigen Unternehmen der Säge- und Holzindustrie sowie ihrer vorgelagerten Bereiche, empfiehlt der DeSH:

- der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Clusters Forst und Holz in Baden-Württemberg im Rahmen eines fairen Wettbewerbs weiterhin oberste Priorität einzuräumen. Grundvoraussetzung dafür ist die Etablierung eines entsprechenden Rahmens im Wettbewerbsrecht für den Staats- und Privatwald, der den Grundsätzen der Rechtssicherheit und Nichtdiskriminierung Rechnung trägt.
- die gemeinwohlorientierte Beratung, die Sicherung eines hohen Rundholzaufkommens sowie ggf. auch die gebündelte und dadurch effiziente Bereitstellung entsprechender Rundholzmengen weiterhin vom Staat anzubieten, wenn dies aufgrund struktureller Nachteile der Besitzartenstruktur von privaten, betriebswirtschaftlich orientierten Organisationen nicht flächendeckend gewährleistet bzw. dort wo nötig werden kann. Die Grundvoraussetzungen einer optionalen staatlichen Betreuung sind klare Strukturen, Zuständigkeiten und Zielvorgaben für die Privatwaldbetreuer.
- den zuständigen staatlichen Akteuren eine aktive unterstützende Rolle bei der Weiterentwicklung und Professionalisierung forstlicher Zusammenschlüsse als selbständig am Markt agierende Organisationen, flächendeckend einzunehmen, um einen effektiven Übergang zu ermöglichen sowie
 - einen dauerhaften Marktzugang auch für kleinteilige Privat- und Kommunalwaldstrukturen flächendeckend sicherzustellen
 - die Grundlage für weitere gewünschte Effizienzsteigerungen in der Prozesskette zwischen dem Wald und den verarbeitenden Werken zu schaffen.

Stand: 28. August 2016

Kontakt

Deutsche Säge – und Holzindustrie Bundesverband e. V.
Herr Lars Schmidt
Dorotheenstraße 54
10117 Berlin
Tel.: 030- 22 32 04 90
Fax.: 030- 22 32 04 8
www.saegeindustrie.de